

Antrag 28/I/2026**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Anerkennung statt Abwertung – Ostdeutsche Biografien, Abschlüsse und Lebensleistungen gerecht behandeln**

1 Auch über 35 Jahre nach der Wiedervereinigung sind
2 strukturelle Missstände in Ostdeutschland noch präsent.
3 Nicht nur bei denen, die diese Umbruchsphase hautnah
4 erlebt haben, sondern auch bei deren Nachkommen und
5 den sogenannten Wendekindern.

6 Bis heute sind viele ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und
7 Lebensbiografien von struktureller Abwertung betroffen.
8 Abschlüsse aus der DDR, langjährige Berufserfahrung so-
9 wie Erwerbsverläufe, die durch die Transformation nach
10 1990 geprägt wurden, gelten bis heute häufig als de-
11 fizitär, erklärungsbedürftig oder minderwertig. Dies ist
12 vor allem durch die fehlende staatliche Anerkennung von
13 ostdeutschen Berufs- und Bildungsabschlüssen vor 1989,
14 aber auch durch gesellschaftliche Abwertung geprägt. So
15 konnten Personen aus Ostdeutschland nach der Wende
16 oft nicht weiter in ihrem Beruf arbeiten bzw. mussten ei-
17 ne erneute (Berufs-)Ausbildung durchführen, um einen
18 anerkannten Abschluss zu erreichen. Diese Abwertung
19 wirkt nicht nur symbolisch, sondern hat konkrete sozia-
20 le Folgen: geringere Einkommen, schlechtere Eingruppie-
21 rungen, eingeschränkte berufliche Aufstiegsmöglichkei-
22 ten und schlussendlich niedrigere Renten.

23 Auch wenn ostdeutschen Frauen (Daten für TIN*-
24 Personen liegen nicht vor) eine höhere Wochenarbeits-
25 zeit, Erwerbsquote und auch durchschnittliche Rente
26 im Vergleich zu westdeutschen Frauen haben, kann
27 dies nicht auf die Anerkennung von ostdeutschen Bil-
28 dungsabschlüssen zurückgeführt werden. Die Gründe
29 für diese höheren Erwerbsquote ist bspw. Auf die bes-
30 sere Kinderbetreuung oder die niedrigeren Einkommen
31 zurückzuführen, welche die Beteiligung von Frauen am
32 Arbeitsmarkt notwendig macht. In der DDR war der große
33 Teil der Frauen erwerbstätig, was sich heutzutage in den
34 höheren Renten der ostdeutschen Frauen zeigt.

35 Für viele Frauen brachte die Wiedervereinigung einen gro-
36 ßen Bruch der Erwerbsbiografie und Arbeitslosigkeit mit
37 sich. Der deutlich kleinere Arbeitsmarkt in Ostdeutsch-
38 land nach 1989/90 orientierte sich am westdeutschen Fa-
39 milienbild und bot vor allem Arbeitsplätze für Männer
40 an. Bis heute liegt die Erwerbsquote von Frauen in Ost-
41 deutschland unter denen der DDR.

42 Die massiven Umbrüche der Nachwendezeit – Betriebs-
43 schließungen, Massenarbeitslosigkeit, Entwertung gan-
44 zer Berufsfelder und erzwungene Neuorientierungen –
45 waren keine individuellen Fehlentscheidungen, sondern
46 das Ergebnis politischer und ökonomischer Transfor-
47 mationsprozesse. Diese Transformationsprozesse wurden

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Auch über 35 Jahre nach der Wiedervereinigung sind
strukturelle Missstände in Ostdeutschland noch präsent.
Nicht nur bei denen, die diese Umbruchsphase hautnah
erlebt haben, sondern auch bei deren Nachkommen und
den sogenannten Wendekindern.

Bis heute sind viele ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und
Lebensbiografien von struktureller Abwertung betroffen.
Abschlüsse aus der DDR, langjährige Berufserfahrung so-
wie Erwerbsverläufe, die durch die Transformation nach
1990 geprägt wurden, gelten bis heute häufig als de-
fizitär, erklärungsbedürftig oder minderwertig. Dies ist
vor allem durch die fehlende staatliche Anerkennung von
ostdeutschen Berufs- und Bildungsabschlüssen vor 1989,
aber auch durch gesellschaftliche Abwertung geprägt. So
konnten Personen aus Ostdeutschland nach der Wende
oft nicht weiter in ihrem Beruf arbeiten bzw. mussten ei-
ne erneute (Berufs-)Ausbildung durchführen, um einen
anerkannten Abschluss zu erreichen. Diese Abwertung
wirkt nicht nur symbolisch, sondern hat konkrete sozia-
le Folgen: geringere Einkommen, schlechtere Eingruppie-
rungen, eingeschränkte berufliche Aufstiegsmöglichkei-
ten und schlussendlich niedrigere Renten.

Auch wenn ostdeutschen Frauen (Daten für TIN*-
Personen liegen nicht vor) eine höhere Wochenarbeits-
zeit, Erwerbsquote und auch durchschnittliche Rente
im Vergleich zu westdeutschen Frauen haben, kann
dies nicht auf die Anerkennung von ostdeutschen Bil-
dungsabschlüssen zurückgeführt werden. Die Gründe
für diese höheren Erwerbsquote ist bspw. Auf die bes-
sere Kinderbetreuung oder die niedrigeren Einkommen
zurückzuführen, welche die Beteiligung von Frauen am
Arbeitsmarkt notwendig macht. In der DDR war der große
Teil der Frauen erwerbstätig, was sich heutzutage in den
höheren Renten der ostdeutschen Frauen zeigt.

Für viele Frauen brachte die Wiedervereinigung einen gro-
ßen Bruch der Erwerbsbiografie und Arbeitslosigkeit mit
sich. Der deutlich kleinere Arbeitsmarkt in Ostdeutsch-
land nach 1989/90 orientierte sich am westdeutschen Fa-
milienbild und bot vor allem Arbeitsplätze für Männer
an. Bis heute liegt die Erwerbsquote von Frauen in Ost-
deutschland unter denen der DDR.

Die massiven Umbrüche der Nachwendezeit – Betriebs-
schließungen, Massenarbeitslosigkeit, Entwertung gan-
zer Berufsfelder und erzwungene Neuorientierungen –
waren keine individuellen Fehlentscheidungen, sondern
das Ergebnis politischer und ökonomischer Transfor-
mationsprozesse. Diese Transformationsprozesse wurden

48 maßgeblich durch die Privatisierungs- und Abwicklungs-
 49 politik der Treuhandanstalt geprägt, deren Entscheidun-
 50 gen Millionen Beschäftigte betrafen und ganze Industrie-
 51 zweige in Ostdeutschland nachhaltig veränderten. Den-
 52 noch werden ostdeutsche Biografien bis heute oft an
 53 westdeutschen Normalverläufen gemessen. Wer diesen
 54 Maßstab nicht erfüllt, gilt als „unterbrochen“, „nicht an-
 55 schlussfähig“ oder „unzureichend qualifiziert“.

56 Diese Perspektive verkennt die tatsächlichen Kompeten-
 57 zen, Anpassungsleistungen und Erfahrungen vieler Ost-
 58 deutscher. Sie ignoriert langjährige Berufspraxis, Ver-
 59 antwortungsübernahme unter schwierigen Bedingungen
 60 und die Fähigkeit, sich mehrfach neu zu orientieren.
 61 Gleichzeitig reproduziert sie soziale Ungleichheit und
 62 trägt zu einem Gefühl dauerhafter Geringschätzung bei.

63 Tatsächlich sind es genau diese Erfahrungen, die teilwei-
 64 se zu den starken Wahlergebnissen populistischer und
 65 rechtsextremer Parteien wie der AfD in Ostdeutschland
 66 beigetragen haben.

67 Gleichwertige Lebensverhältnisse können nicht allein
 68 über Infrastruktur oder Wirtschaftsförderung erreicht
 69 werden. Sie setzen voraus, dass Lebensleistungen aner-
 70 kannt, Abschlüsse respektiert und Biografien nicht syste-
 71 matisch entwertet werden. Anerkennung ist dabei nicht
 72 nur eine Frage des Arbeitsmarktes, sondern auch der ge-
 73 sellschaftlichen Würde und eines demokratischen Selbst-
 74 verständnisses.

75 Eine gerechte Gesellschaft muss deshalb ostdeutsche
 76 Bildungs- und Erwerbsbiografien strukturell anerkennen,
 77 statt sie weiterhin nachträglich zu korrigieren oder zu re-
 78 lativieren.

79 Ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und Lebensbiografien
 80 müssen gleichwertig anerkannt und behandelt werden.
 81 Abschlüsse, Berufserfahrung und Transformationsleistun-
 82 gen aus der DDR und der Nachwendezeit dürfen weder
 83 formal noch faktisch benachteiligt werden. Anerkennung
 84 ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesell-
 85 schaftlichen Zusammenhalt und Vertrauen in demokrati-
 86 sche Institutionen.

87

88 **Wir fordern daher:**

89

- 90 • ... dass ostdeutsche Bildungs- und Berufsabschlüsse
- 91 vor 1989 als gleichwertig anerkannt werden und
- 92 bestehende Anerkennungs- und Bewertungsver-
- 93 fahren vereinfacht, kostenlos, transparenter und
- 94 bundesweit einheitlich ausgestaltet werden. Ab-
- 95 schlüsse aus der DDR dürfen nicht pauschal als
- 96 minderwertig behandelt oder durch überzogene
- 97 Nachweispflichten faktisch entwertet werden.
- 98 Anerkennungs- und Bewertungsverfahren sollen
- 99 kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

100

maßgeblich durch die Privatisierungs- und Abwicklungs-
 politik der Treuhandanstalt geprägt, deren Entscheidun-
 gen Millionen Beschäftigte betrafen und ganze Industrie-
 zweige in Ostdeutschland nachhaltig veränderten. Den-
 noch werden ostdeutsche Biografien bis heute oft an
 westdeutschen Normalverläufen gemessen. Wer diesen
 Maßstab nicht erfüllt, gilt als „unterbrochen“, „nicht an-
 schlussfähig“ oder „unzureichend qualifiziert“.

Diese Perspektive verkennt die tatsächlichen Kompeten-
 zen, Anpassungsleistungen und Erfahrungen vieler Ost-
 deutscher. Sie ignoriert langjährige Berufspraxis, Ver-
 antwortungsübernahme unter schwierigen Bedingungen
 und die Fähigkeit, sich mehrfach neu zu orientieren.
 Gleichzeitig reproduziert sie soziale Ungleichheit und
 trägt zu einem Gefühl dauerhafter Geringschätzung bei.

Tatsächlich sind es genau diese Erfahrungen, die teilwei-
 se zu den starken Wahlergebnissen populistischer und
 rechtsextremer Parteien wie der AfD in Ostdeutschland
 beigetragen haben.

Gleichwertige Lebensverhältnisse können nicht allein
 über Infrastruktur oder Wirtschaftsförderung erreicht
 werden. Sie setzen voraus, dass Lebensleistungen aner-
 kannt, Abschlüsse respektiert und Biografien nicht syste-
 matisch entwertet werden. Anerkennung ist dabei nicht
 nur eine Frage des Arbeitsmarktes, sondern auch der ge-
 sellschaftlichen Würde und eines demokratischen Selbst-
 verständnisses.

Eine gerechte Gesellschaft muss deshalb ostdeutsche
 Bildungs- und Erwerbsbiografien strukturell anerkennen,
 statt sie weiterhin nachträglich zu korrigieren oder zu re-
 lativieren.

Ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und Lebensbiografien
 müssen gleichwertig anerkannt und behandelt werden.
 Abschlüsse, Berufserfahrung und Transformationsleistun-
 gen aus der DDR und der Nachwendezeit dürfen weder
 formal noch faktisch benachteiligt werden. Anerkennung
 ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesell-
 schaftlichen Zusammenhalt und Vertrauen in demokrati-
 sche Institutionen.

Wir fordern daher:

- ... dass ostdeutsche Bildungs- und Berufsabschlüsse
- vor 1989 als gleichwertig anerkannt werden und
- bestehende Anerkennungs- und Bewertungsver-
- fahren vereinfacht, kostenlos, transparenter und
- bundesweit einheitlich ausgestaltet werden. Ab-
- schlüsse aus der DDR dürfen nicht pauschal als
- minderwertig behandelt oder durch überzogene
- Nachweispflichten faktisch entwertet werden.
- Anerkennungs- und Bewertungsverfahren sollen
- kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

- 101 • ... dass langjährige Berufserfahrung als eigenständige
102 Qualifikation nachwirkend anerkannt wird, ins-
103 besondere bei Einstufungen im öffentlichen Dienst,
104 bei tariflichen Eingruppierungen und bei berufli-
105 chen Anerkennungsverfahren. Praktische Kompe-
106 tenz darf nicht systematisch hinter formalen Titeln
107 zurückstehen.
108
- 109 • ... dass Anerkennung nicht auf den Arbeitsmarkt
110 begrenzt bleibt, sondern auch gesellschaftlich und
111 institutionell erfolgt. Ostdeutsche Biografien dür-
112 fen in Verwaltung, Medien, Bildung und öffentlicher
113 Kommunikation nicht länger als defizitär oder erklä-
114 rungsbedürftig dargestellt werden.
115
- 116 • ... dass ostdeutsche Diskriminierungserfahrungen
117 als reales gesellschaftliches Phänomen anerkannt
118 und systematisch erfasst werden, um strukturel-
119 le Benachteiligungen sichtbar zu machen und po-
120 litisch adressieren zu können. Dazu gehören auch
121 Benachteiligungen aufgrund ostdeutscher Herkunft
122 oder Biografie.
123
- 124 • ... dass gebrochene Erwerbsbiografien der Nach-
125 wendezeit rentenrechtlich gerechter bewertet wer-
126 den, insbesondere Zeiten von Arbeitslosigkeit, Qua-
127 lifizierungsmaßnahmen und erzwungener berufli-
128 cher Neuorientierung in den 1990er-Jahren, weil
129 viele Betroffene Nachteile aus Entscheidungen er-
130 litten, die sie nicht beeinflussen konnten. Wir for-
131 dern daher eine feste monatliche Zuzahlung zur ge-
132 setzlichen Rente. Als Vorbild soll die Zuwendung
133 nach § 17a StrRehaG dienen. Dieses Gesetz regelt
134 die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern
135 rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen
136 der ehemaligen DDR. Hierdurch wird Unrecht aner-
137 kannt, und bei einer rechtsstaatswidrigen Freiheits-
138 entziehung von mehr als 90 Tagen – z. B. aufgrund
139 einer Verurteilung wegen ungesetzlichen Grenz-
140 übertritts – wird eine monatliche Zuzahlung zuge-
141 standen. Diese Zuzahlung soll einkommensunab-
142 hängig ausgezahlt und entsprechend dem Prozent-
143 satz angepasst werden, um den aktuellen Renten-
144 wert in der gesetzlichen Rentenversicherung zu ver-
145 ändern. Transformationszeiten dürfen nicht dauer-
146 haft zu Altersarmut führen.
147
- 148 • ... dass auch die zweite Generation ostdeutsch sozia-
149 liserter in den Blick genommen wird, indem Vor-
150 urteile gegenüber ostdeutschen Herkunftsmilieus
151 im Bildungs- und Ausbildungssystem abgebaut und
152 Chancengerechtigkeit gestärkt werden. Die sozialen
153 Folgen der Transformation enden nicht mit einer Ge-
- ... dass langjährige Berufserfahrung als eigenständige Qualifikation nachwirkend anerkannt wird, insbesondere bei Einstufungen im öffentlichen Dienst, bei tariflichen Eingruppierungen und bei beruflichen Anerkennungsverfahren. Praktische Kompetenz darf nicht systematisch hinter formalen Titeln zurückstehen.
- ... dass Anerkennung nicht auf den Arbeitsmarkt begrenzt bleibt, sondern auch gesellschaftlich und institutionell erfolgt. Ostdeutsche Biografien dürfen in Verwaltung, Medien, Bildung und öffentlicher Kommunikation nicht länger als defizitär oder erklärungsbedürftig dargestellt werden.
- ... dass ostdeutsche Diskriminierungserfahrungen als reales gesellschaftliches Phänomen anerkannt und systematisch erfasst werden, um strukturelle Benachteiligungen sichtbar zu machen und politisch adressieren zu können. Dazu gehören auch Benachteiligungen aufgrund ostdeutscher Herkunft oder Biografie.
- ... dass gebrochene Erwerbsbiografien der Nachwendezeit rentenrechtlich gerechter bewertet werden, insbesondere Zeiten von Arbeitslosigkeit, Qualifizierungsmaßnahmen und erzwungener beruflicher Neuorientierung in den 1990er-Jahren, weil viele Betroffene Nachteile aus Entscheidungen erlitten, die sie nicht beeinflussen konnten. Wir fordern daher eine feste monatliche Zuzahlung zur gesetzlichen Rente. Als Vorbild soll die Zuwendung nach § 17a StrRehaG dienen. Dieses Gesetz regelt die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen der ehemaligen DDR. Hierdurch wird Unrecht anerkannt, und bei einer rechtsstaatswidrigen Freiheitsentziehung von mehr als 90 Tagen – z. B. aufgrund einer Verurteilung wegen ungesetzlichen Grenzübertritts – wird eine monatliche Zuzahlung zugestanden. Diese Zuzahlung soll einkommensunabhängig ausgezahlt und entsprechend dem Prozentsatz angepasst werden, um den aktuellen Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verändern. Transformationszeiten dürfen nicht dauerhaft zu Altersarmut führen.
- ... dass auch die zweite Generation ostdeutsch sozialisierter in den Blick genommen wird, indem Vorurteile gegenüber ostdeutschen Herkunftsmilieus im Bildungs- und Ausbildungssystem abgebaut und Chancengerechtigkeit gestärkt werden. Die sozialen Folgen der Transformation enden nicht mit einer Ge-

154 neration.
155
156 • ... dass auch die zweite Generation ostdeutscher
157 Familien in den Blick genommen wird, indem Vor-
158 urteile gegenüber ostdeutschen Herkunftsbiogra-
159 fien in Schule, Öffentlichkeit und Medien abgebaut,
160 ostdeutsche Biografien als gleichwertig anerkannt
161 und Chancengerechtigkeit statt Stigmatisierung ge-
162 stärkt werden.
163
164 • ... dass Tarifbindung und damit gewerkschaftliche
165 Arbeit anerkannt wird als ein wichtiger Teil zur
166 Schließung der Ost-West-Lohnlücke.
167
168 Heutige Schul- Ausbildungs- und Hochschulabschlüsse
169 unterliegen deutschlandweit denselben Regelungen und
170 Prüfungsordnungen. Während die rechtliche Anerken-
171 nung heutiger Abschlüsse also gesichert ist, besteht wei-
172 terhin gesellschaftlicher und struktureller Nachholbedarf.
173 Vor allem die teilweise bis heute erhaltenen stereoty-
174 pen Zuschreibungen und Vorurteile gegenüber ostdeut-
175 schen sozialisierten Bildungsbiografien gehören endgül-
176 tig abgebaut. Denn dass diese negativen Vorurteile sach-
177 lich nicht gerecht sind, zeigt sich bereits in der heutigen
178 Zeit. So zählt Sachsen zu den leistungsstärksten Bildungs-
179 standorten.
180 Die echte Anerkennung ostdeutscher Abschlüsse ist al-
181 so nicht nur ein formaler Verwaltungsakt, sondern ein
182 zwangsläufiger Schritt hin zur vollständigen Herstellung
183 der Chancengleichheit und gesellschaftlicher Wertschät-
184 zung.
185 Gleichwertigkeit bedeutet mehr als formale Gleichstel-
186 lung. Sie bedeutet, dass Lebensleistungen anerkannt, Bio-
187 grafien respektiert und strukturelle Benachteiligungen
188 korrigiert werden. Solange ostdeutsche Abschlüsse ent-
189 wertet, Berufserfahrungen relativiert und Transformati-
190 onsleistungen unsichtbar gemacht werden, bleibt die Ein-
191 heit unvollständig. Anerkennung ist kein Rückblick, son-
192 dern eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesell-
193 schaftlichen Zusammenhalt und demokratische Zukunft.
194 Für uns heißt Anerkennung, dass die Einheit nicht nur in-
195 stitutionell, sondern gesellschaftlich vollzogen wird.

neration.

• ... dass auch die zweite Generation ostdeutscher Familien in den Blick genommen wird, indem Vorurteile gegenüber ostdeutschen Herkunftsbiografien in Schule, Öffentlichkeit und Medien abgebaut, ostdeutsche Biografien als gleichwertig anerkannt und Chancengerechtigkeit statt Stigmatisierung gestärkt werden.

• ... dass Tarifbindung und damit gewerkschaftliche Arbeit **gefördert** wird als ein wichtiger Teil zur Schließung der Ost-West-Lohn- **und Rentenlücke**.

Heutige Schul- Ausbildungs- und Hochschulabschlüsse unterliegen deutschlandweit denselben Regelungen und Prüfungsordnungen. Während die rechtliche Anerkennung heutiger Abschlüsse also gesichert ist, besteht weiterhin gesellschaftlicher und struktureller Nachholbedarf. Vor allem die teilweise bis heute erhaltenen stereotypen Zuschreibungen und Vorurteile gegenüber ostdeutschen sozialisierten Bildungsbiografien gehören endgültig abgebaut. Denn dass diese negativen Vorurteile sachlich nicht gerecht sind, zeigt sich bereits in der heutigen Zeit. So zählt Sachsen zu den leistungsstärksten Bildungsstandorten.
Die echte Anerkennung ostdeutscher Abschlüsse ist also nicht nur ein formaler Verwaltungsakt, sondern ein zwangsläufiger Schritt hin zur vollständigen Herstellung der Chancengleichheit und gesellschaftlicher Wertschätzung.
Gleichwertigkeit bedeutet mehr als formale Gleichstellung. Sie bedeutet, dass Lebensleistungen anerkannt, Biografien respektiert und strukturelle Benachteiligungen korrigiert werden. Solange ostdeutsche Abschlüsse entwertet, Berufserfahrungen relativiert und Transformationsleistungen unsichtbar gemacht werden, bleibt die Einheit unvollständig. Anerkennung ist kein Rückblick, sondern eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Zukunft. Für uns heißt Anerkennung, dass die Einheit nicht nur institutionell, sondern gesellschaftlich vollzogen wird.